

Öffentliche Bekanntmachung

ZWECKVERBAND GRUPPENWASSERVERSORGUNG GUTENZELL Landkreis Biberach

S A T Z U N G

zur Änderung der Satzung der Verbandssatzung des Zweckverbands Gruppenwasserversorgung Gutenzell vom 10.11.1998

Auf Grund der §§ 5 und 6 des Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit (GKZ) in der Fassung der Bekanntmachung vom 16. September 1974 (GBl. S. 408, ber. 1975 S. 460, ber. 1976 S. 408), geändert durch Gesetze vom 10. Februar 1976 (GBl. S. 149), vom 7. Juni 1977 (GBl. S. 173), vom 29. Juni 1983 (GBl. S. 229), vom 12. Dezember 1991 (GBl. S. 860), vom 16. Juli 1998 (GBl. S. 418), vom 1. Juli 2004 (GBl. S. 469), vom 14. Dezember 2004 (GBl. S. 884), vom 4. Mai 2009 (GBl. S. 185), vom 15. Dezember 2015 (GBl. S. 1147) hat die Verbandsversammlung am 04. Dezember 2025 folgende Änderung der Verbandssatzung des Zweckverbandes "Gruppenwasserversorgung Gutenzell" beschlossen:

Artikel I

§ 13 (Haushaltsführung, Kassen- und Rechnungswesen, Personal) erhält folgende neue Fassung:

§ 13 Haushaltsführung, Kassen- und Rechnungswesen, Personal

- 13.1 Ein Verbandsrechner, der die Voraussetzungen des § 116 Abs. 2 GO erfüllen muss, besorgt das Haushalts-, Kassen-, und Rechnungswesen.
- 13.2 Für Haushaltsplan, Rechnungslegung und Prüfung sind die Bestimmungen der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) entsprechend anzuwenden.
- 13.3 Der Zweckverband ist mit einem Stammkapital von 184.490,86 Euro ausgestattet. Die Höhe des Stammkapitals entspricht der Zahl der Vertreter in der Verbandsversammlung.

Auf das Stammkapital haben übernommen:

Stadt Ochsenhausen	73.796,34 Euro
Gemeinde Gutenzell-Hürbel	110.694,52 Euro.

- 13.4 Der Verband kann zur Erfüllung seiner Aufgaben Arbeiter, Angestellte und Beamte einstellen, und/oder sich gegen Kostenersatz des Personals einer Mitgliedsgemeinde bedienen.

Artikel II

Diese Satzung tritt rückwirkend zum 1. Januar 2020 in Kraft.

Gutenzell-Hürbel, 19.12.2025

gez.

Thomas Jerg

Verbandsvorsitzender /Bürgermeister

Hinweis nach §4 Absatz 4 GemO:

Eine etwaige Verletzung von Verfahrens- oder Formvorschriften der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg (GemO) oder aufgrund der GemO erlassenen Verfahrensvorschrift beim Zustandekommen dieser Satzung wird nach § 4 Abs. 4 GemO unbeachtlich, wenn sie nicht schriftlich oder elektronisch innerhalb eines Jahres seit Bekanntmachung dieser Satzung gegenüber der Gemeinde geltend gemacht worden ist; der Sachverhalt, der die Verletzung begründen soll, ist zu bezeichnen. Dies gilt nicht, wenn Vorschriften über die Öffentlichkeit der Sitzung, die Genehmigung oder die Bekanntmachung der Satzung verletzt worden sind.